

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten  
betreffend  
ein Maßnahmenpaket zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Oberösterreich**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein Maßnahmenpaket zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Oberösterreich zu schnüren, das auf Landesebene insbesondere folgende Punkte beinhalten soll:

- Überarbeitung der heimischen Energiestrategie „Energiezukunft 2030“
- Umfassende Entbürokratisierung
- Durchforstung des Subventionsdschungels
- Reformen im öffentlichen Sektor

Zudem soll die Oö. Landesregierung bei der Bundesregierung für

- vernünftige Rahmenbedingungen bei der Energie- und Klimapolitik, vor allem auf europäischer Ebene
- eine ausgewogene Budgetpolitik
- eine umfangreiche Verwaltungsreform
- eine spürbare Steuerentlastung für Klein- und Mittelbetriebe und den Mittelstand
- eine Senkung der Lohnnebenkosten
- mehr Mittel für Forschung und Entwicklung
- föderale Strukturen bei Steuern und Bildung
- eine Entflechtung des unübersichtlichen Fördersystems

eintreten.

### **Begründung**

Der Wirtschaftsstandort Oberösterreich kommt zunehmend in Bedrängnis. Dies zeigen nicht nur Abwanderungspläne und tatsächliche Verlagerungen von Produktionsstandorten der Großindustrie, sondern auch die aktuelle Entwicklung im Segment der Klein- und Mittelbetriebe, die tagtäglich ums Überleben kämpfen.

Die gegebenen Rahmenbedingungen nehmen der heimischen Wirtschaft zunehmend die Luft zum Atmen. Schuld daran ist eine falsche Standortpolitik, die sich über viele Bereiche erstreckt. Oberösterreich muss im Rahmen all seiner Möglichkeiten daher dringend

Handlungen setzen, damit unser Bundesland auch weiterhin wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleibt.

In diesem Zusammenhang sind zuerst im eigenen Wirkungsbereich die notwendigen Hausaufgaben zu machen. Der öffentliche Sektor muss schlanker und effizienter werden. Hierzu muss eine echte Verwaltungs- und Strukturreform angegangen werden. Auch das aktuelle Fördersystem ist kritisch zu analysieren. Es gilt, die öffentlichen Mittel zielgerichtet und in seinen Wirkungen auf Konjunktur und Arbeitsplatzsicherung möglichst effizient einzusetzen.

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, dass die heimische Energiestrategie „Energiezukunft 2030“ überarbeitet und den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst wird. Denn sie gibt mit ihren unrealistischen Zielen den heimischen Betrieben ein Umfeld, das von steigenden Energiekosten und Versorgungsunsicherheit geprägt ist. Dieses Bild, das Oberösterreich auch international vermittelt, muss rasch zurechtgerückt werden.

Viele standortfeindliche Rahmenbedingungen liegen in der Kompetenz des Bundes. Angefangen von einer Rekordverschuldung des Staates, einem aufgeblähten Verwaltungsapparat über riesige Belastungen für Unternehmen und Arbeitnehmer bis hin zu einem undurchsichtigen Fördersystem spannt sich der Bogen der verfehlten Entwicklungen. Durch eine vernünftige Verwaltungsreform – etwa durch die Umsetzung der zahlreichen Vorschläge des Rechnungshofs – sind staatliche Mittel frei zu machen, die für eine Entlastung vor allem der Klein- und Mittelbetriebe und des Mittelstandes, eine Senkung der Lohnnebenkosten und zukunftssträchtige Investitionen in Forschung und Entwicklung zu verwenden sind.

Oberstes Ziel ist eine ausgewogene Budgetpolitik. Eine Staatschuld in Höhe von über 80 Prozent des BIP (trotz zahlreicher neuer Steuern und falschen Sparansätzen wie bei Polizei und Bundesheer) muss ein Alarmsignal sein. Eine Föderalisierung des Staatswesens nach dem Vorbild der Schweiz ist ein weiterer Ansatz, um das Steuer herumzureißen. Denn eine Verländerung der Steuergestaltung und Bildung würde einen fruchtbaren Wettbewerb innerhalb der Bundesländer in Gang setzen und sich somit positiv auf den Wirtschaftsstandort auswirken.

Die Bundesregierung muss sich darüber hinaus auf europäischer Ebene für eine völlige Neugestaltung der Klima- und Energiepolitik einsetzen. Diese ist letztlich auch ein entscheidender Faktor, warum die Industrie in Europa, Österreich und Oberösterreich unattraktive Rahmenbedingungen vorfindet.

Die heimische Politik muss die herrschenden Signale ernst nehmen. Die Menschen leiden unter der hohen Steuer- und Abgabenquote von 45,4 Prozent des BIPs. Die Wettbewerbsfähigkeit nimmt beständig ab, wie zahlreiche internationale Rankings zeigen (vgl. etwa den Monitoring Report 2014 der Wirtschaftskammer Österreich). Das Anprangern der Missstände vor allem durch Großbetriebe und Interessensvertretungen fällt zudem bisher auf keinen fruchtbaren Boden. Das angeführte Maßnahmenpaket würde einen konstruktiven Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftslage und im Ergebnis zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich leisten und muss daher konsequent umgesetzt werden.

Linz, am 13.05.2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner, Schießl, Povysil, Mahr, Nerat, Klinger, Wall, Lackner, Cramer**